

Große Anfrage

**der Abgeordneten Wischniewski, Herterich, Bindig, Dr. Holtz, Voigt (Frankfurt)
und der Fraktion der SPD**

Lage in Mittelamerika

Mittelamerika ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zu einem weltpolitischen Krisenherd geworden, der den regionalen und globalen Frieden gefährden kann.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Mittelamerika?
2. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die wesentlichen Ursachen der Krise in Mittelamerika in der Unterentwicklung, der sozialen Ungerechtigkeit, dem hohen Maß an Ausbeutung und häufig undemokratischen politischen Strukturen liegen, und daß es deshalb Aufgabe der Politik sein muß, diese Ursachen so rasch wie möglich zu beseitigen?
3. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß jeder Lösungsversuch von den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auszugehen hat, und daß deshalb alle Versuche, die Probleme dieser Länder durch direkte oder indirekte militärische Intervention, wirtschaftliche Sanktionen und politische Destabilisierung bewältigen zu wollen, abgelehnt werden müssen?
4. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher in eigener Verantwortung und im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) unternommen, um zu einer Überwindung der Probleme in Mittelamerika beizutragen, und welche Erfolge hatten diese Bemühungen?
5. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Stuttgart bezüglich Mittelamerika in praktische Politik umzusetzen, insbesondere jene,
 - daß die Probleme Mittelamerikas nur durch eine politische Lösung bewältigt werden können,

- daß die Friedensinitiative der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) unterstützt werden muß,
 - daß wir unseren Beitrag zur weiteren Entwicklung der Region leisten müssen?
6. Wird die Bundesregierung ihre Vorstellungen und die des Europäischen Rats, wie sie in den Stuttgarter Schlußfolgerungen zum Ausdruck gekommen sind, an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika herantragen?
 7. Geht die Bundesregierung bei ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den mittelamerikanischen Staaten konsequent von den Richtlinien aus, die der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 5. März 1982 einstimmig beschlossen hat, und welchen Stellenwert mißt sie ihr als Beitrag zur Überwindung der Probleme in der Region bei?
 8. Wie hat die Bundesregierung bisher auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik mit den einzelnen Staaten Mittelamerikas zusammengearbeitet, und welche Pläne hat sie für die künftige Zusammenarbeit mit ihnen?
 9. Wie hat die Europäische Gemeinschaft bisher auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik mit den einzelnen Staaten Mittelamerikas zusammengearbeitet, und welche Pläne hat sie für die künftige Zusammenarbeit mit ihnen?
 10. Welche Anstrengungen über das bisher Geleistete hinaus hält die Bundesregierung für sinnvoll und notwendig, etwa in dem Sinn des von der CDU/CSU-Fraktion im 9. Deutschen Bundestag eingebrachten Antrags „Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“ (Drucksache 9/1298)?
 11. Hält die Bundesregierung insbesondere eine finanzielle und institutionelle Stärkung der vorhandenen mittelamerikanischen Integrationsorganisationen, z. B. dem mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt, für sinnvoll, und wenn ja, welchen Beitrag wird die Bundesregierung dafür leisten?
 12. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß der sandinistischen Regierung in Nicaragua die Aufrechterhaltung der Prinzipien der sandinistischen Revolution (Blockfreiheit, politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung) dadurch erleichtert wird, wenn bei der dringend benötigten Hilfe für das Land auch auf der Geberseite der internationale Pluralismus deutlich wird, und wird sie daraus den Schluß ziehen, auch in Zukunft mit Nicaragua im bisherigen Umfang entwicklungspolitisch zusammenzuarbeiten?
 13. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß in El Salvador die Bereitschaft aller an dem Konflikt beteiligten Kräfte gewachsen ist, durch politischen Dialog und Verhandlungen zu einer Friedenslösung zu kommen, und wie wird sie diese Bereitschaft unterstützen?

14. Wird die Bundesregierung endgültig auf die Ausrüstungshilfe für die honduranische Armee mit Fernmeldegerät verzichten, weil die Gefahr besteht, daß sie für die Zusammenarbeit der honduranischen Armee mit El Salvador gegen Flüchtlinge aus El Salvador und für ihre Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Gruppen verwendet wird, die sich gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua richten?

Bonn, den 2. August 1983

Wischnewski

Herterich

Bindig

Dr. Holtz

Voigt (Frankfurt)

Dr. Vogel und Fraktion

